

KRISTINA LUNZ DIE ZUKUNFT DER AUSSENPOLITIK IST FEMINISTISCH

*Wie globale Krisen
gelöst werden müssen*



KRISTINA LUNZ

DIE ZUKUNFT
DER AUSSENPOLITIK
IST FEMINISTISCH

Econ

Econ

KRISTINA LUNZ

**DIE ZUKUNFT
DER AUSSENPOLITIK
IST FEMINISTISCH**

Wie globale Krisen gelöst werden müssen

ECON

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger
Waldwirtschaft, und anderen
kontrollierten Quellen
- ullstein.de/nachhaltigkeit

Zwischen dem Schreiben und der Veröffentlichung vergeht etwas Zeit, während der sich die (politische) Welt weiterdreht. Das Buch thematisiert viele politische Entwicklungen. Daher kann es sein, dass zu dem Zeitpunkt, wenn Sie es in den Händen halten, sich manche Welten bereits etwas weitergedreht haben. Sehen Sie es mir nach. Wir leben in schnellen Zeiten.



Econ ist ein Verlag
der Ullstein Buchverlage GmbH

ISBN: 978-3-430-21 053-9

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2022

Redaktionsschluss: 8. Dezember 2021

© Illustrationen: Katie Turnbull

Alle Rechte vorbehalten

Gesetzt aus der Alkes und der Brandon Grotesque

Satz: Red Cape Production, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

*Tür aufgestoßen. Ich hoffe, es schreiten viele hindurch.
Für alle, denen ihre Expertise regelmäßig abgesprochen
wird, da sie es wagen, unsere Gesellschaft
neu – feministisch! – zu denken:
weg vom patriarchalen Status quo,
hin zu einer gerechten Gesellschaft.
Sie sind die einzige Hoffnung, die wir haben.*

Professoren weigerten sich dennoch, feministische Theorien in ihren Kursen zu thematisieren. Sie argumentierten, sie könnten diesen Feminismus nicht verstehen und ihn deshalb nicht lehren. Ann kann das nicht nachvollziehen: »Ich bin schließlich keine Realistin und muss trotzdem Politischen Realismus lehren.«

Ann stärkste Kritik an dem traditionellen Verständnis von Internationalen Beziehungen ist, dass die Theorie realitätsfern sei: Eine kleine elitäre Gruppe von Wissenschaftler:innen entwickelt abstrakte Theorien fern von der Lebenswirklichkeit der Zivilgesellschaft und relevanten Akteur:innen.

Ann ist überzeugt: Es findet ein langsames, aber stetes Umdenken statt. Sie hebt hervor, welche Fortschritte bereits erzielt wurden, zum Beispiel, dass Macht auch im Kontext von Klasse, Hautfarbe und Geschlecht verstanden wird.

Zu den Büchern, die Ann gerade liest, zählen Isabel Wilkersons *Caste: The Origins of Our Discontents* und *The Water Defenders: How Ordinary People Saved a Country from Corporate Greed* von Robin Broad und John Cavanagh.

11 FRIEDENSCHÄFFEN OHNE WAFFEN: ABRÜSTUNG ALS FUNDAMENTALE FEMINISTISCHE FORDERUNG

Männer haben Angst,

dass Frauen über sie lachen.

Frauen haben Angst,

dass Männer sie töten.

MARGARET ATWOOD

MEINE PERSÖNLICHE SICHERHEITSLÜCKE

Lange bevor ich Internationale Politik studierte, gab es ein großes Mysterium für mich: die Faszination für Waffen – ob auf fränkischen Schützenfesten, in den Schießbuden auf Kirchweihen oder auf der Jagd in den Wäldern um mein Dorf herum. Schon als Teenagerin ließ mich diese gesellschaftliche Tatsache oft fragend zurück. Irgendwann in dieser Zeit konnte ich nicht mehr akzeptieren, dass Waffen in vielen Ländern und insbesondere Krisenregionen alltäglich waren und sind. In dieser Zeit wurde ich von Deutschland und Punkrock politisiert. Viele der Songtexte handelten von internationalen Ungerechtigkeiten und der Gewaltausübung von mächtigen Staaten wie den USA durch militärische Interventionen, Drohnenangriffe oder dem Einsatz von Atombomben. Ich wunderte mich, wie es zusammenpasste, dass vor allem die Staaten, die als die großen Demokratien dieser Welt gefeiert werden und die auf den großen Bühnen von weltweitem Frieden sprachen, zugleich jene Staaten waren und sind, die am meisten Waffen produzieren, kaufen und selbst am tüchtigsten aufrüsten. Das ergab

für mich alles keinen Sinn. Doch meine »jugendliche Naivität« traf schon bald auf »Realist:innen« und Jünger:innen des herrschenden Status quo. Sie erzählten mir, warum das alles so sein müsse und Aufüstung nicht infrage gestellt werden könne. Das wäre naiv, dumm, typisch Frau und unangenehm links.

Als ob der Wunsch nach einer gewaltfreien Welt auch nur irgendwie in ein politisches Spektrum, aufgespannt von links nach rechts, passen würde. Als ob die Abkehr von Gewalt, Militarismus und Krieg eine zu diskutierende politische Frage wäre. Es ist die Macht des vorherrschenden patriarchalen Diskurses, die uns immer wieder davon abbringt, auf unser Bauchgefühl und unseren moralischen Kompass zu hören. Ich entwickelte eine Trotzhaltung und wollte einfach nicht akzeptieren, dass wir in einer derart militarisierten und gewaltvollen Gesellschaft leben.

IN DER AUFRÜSTUNGSSPIRALE

Die Zeiten werden immer hochgerüsteter. Obwohl am Beginn der 2020er-Jahre die größte Bedrohung der Menschheit die grassierende Pandemie ist und Gelder fehlen, um Pflegepersonal ordentlich zu bezahlen, mehr Intensivbetten vorzuhalten oder Beatmungsgeräte zu kaufen, stiegen dem Friedensforschungsinstitut SIPRI zufolge die Militärausgaben im Jahr 2020 verglichen mit dem Vorjahr deutlich: Weltweit investierten Staaten insgesamt 1981 Milliarden US-Dollar in Verteidigung – ein Höchststand seit Beginn der SIPRI-Erhebungen. Deutschland ist damit auf Platz 7 der Länder mit den höchsten Ausgaben für Verteidigung, obwohl es im Ranking der bevölkerungsreichsten Länder der Erde bloß auf Platz 19 steht.¹ Die deutschen Verteidigungsausgaben waren 2020 um 28 Prozent höher als im Jahr 2011.²

Während der Pandemie berechnete die *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*, wie viel mehr Geld zur Bekämpfung der Pandemie vorhanden gewesen wäre, wenn nukleare Aufüstung

nicht Teil unserer globalen Realität wäre. 2019 gaben die USA 35,1 Milliarden US-Dollar für Nuklearwaffen aus. Das entspricht den Kosten von 300 000 Intensivbetten, 35 000 Beatmungsgeräten, den Löhnen von 150 000 Krankenpfleger:innen und 75 000 Ärzt:innen.³ Von den über 800 000 Corona-Toten in den USA könnten demnach noch heute viele am Leben sein, wäre das Geld ins Gesundheitsbudget geflossen und nicht in die atomare Aufüstung.

Als am Ende des Zweiten Weltkrieges die USA zwei Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abwarfen, führte das zum direkten Tod von etwa 300 000 Menschen. Die beiden Atombomben – verstörenderweise mit den harmlosen Namen »Little Boy« (Hiroshima) und »Fat Man« (Nagasaki) – sind im Vergleich zu heutigen Atomwaffen eher winzig in ihrer Zerstörungskraft.⁴ Aktuell gibt es zwischen 13 000 und 14 000 Nuklearwaffen weltweit, die meisten von ihnen sind in den USA und Russland stationiert (aber manche eben auch auf europäischen und deutschem Boden).⁵ Die Detonation einer einzigen solcher Nuklearwaffe über New York würde zu mehr als einer halben Million Toten führen.⁶ Die Fülle des Atomwaffenarsenals ist besonders absurd, wenn man sich klarmacht, dass im Jahr 2021 mehr Staaten Nuklearwaffen besitzen als während des Kalten Krieges.

Doch nicht nur diese Massenvernichtungswaffen sind eine Gefahr für die Sicherheit sehr vieler Menschen: Im Schnitt kommt weltweit alle 15 Minuten jemand durch eine Schusswaffe zu Tode.⁷ Und Staaten weltweit, auch die Bundesrepublik Deutschland, bezeichnen die Förderung von nachhaltigem Frieden zwar als eines ihrer außenpolitischen Kernziele. Doch wie soll das zusammenpassen mit der Tatsache, dass Deutschland der viertgrößte Waffenexporteur weltweit ist?⁸ Und dass Deutschland in der vergangenen Legislaturperiode von 2017 bis 2021 Kriegswaffen im Volumen von rund 4,5 Milliarden Euro exportiert hat, mit den Hauptempfängerländern Ägypten, Jemen und Libyen?⁹

Im Kapitel zu den theoretischen Grundlagen der Außenpolitik habe ich erklärt, wie es passieren konnte, dass das irrationale Verhalten – die massenhafte Bereitstellung von Waffen, während man auf globalen Frieden hofft – weitläufig als rationale »Realpolitik« angesehen wird. Das war und ist nur möglich in einem patriarchalen Verständnis unserer Gesellschaft. Denn dort gelten Dominanz, Unterdrückung und Zerstörung anderer als legitim, rational und notwendig. In dieser Tradition sind Atomwaffen dann das extremste Werkzeug des Patriarchats aufgrund ihrer immensen Kapazität zu unterdrücken, zu dominieren und zu zerstören.

WAFFEN – EIN FRAUENKILLER

Doch dieser Status quo muss so nicht sein. Er wurde von Menschen – vor allem Männern – geschaffen, und genau daher kann er geändert werden. Das geschah bereits vielfach. Ihren Beitrag dazu leisteten die vielen beeindruckenden Feminist:innen, wie die Friedensnobelpreisträgerinnen Jody Williams und Beatrice Fihn, * die beide führend zum internationalen Verbot bestimmter Waffenarten beitrugen. Jody Williams erhielt 1997 den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz zum Verbot von Landminen; Beatrice Fihn ist Geschäftsführerin der *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN)*, die 2017 für ihren Einsatz zum Verbot von Atomwaffen ebenfalls den Friedensnobelpreis erhielt.

Ihre Arbeit knüpft an die frühen Forderungen der Den Haager Feminist:innen im Jahr 1915 an: In einer ihrer 20 Resolutionen forderten sie, dass alle Staaten die Herstellung von Waffen und Munition verstaatlichen und den internationalen Handel davon unter Aufsicht stellen.¹⁰ Wie recht sie damit hatten! Denn solange

* Ein Porträt über Beatrice Fihn findet sich auf Seite 287.

in einem kapitalistischen System, das auf Profitmaximierung ausgelegt ist, die Herstellung und Bereitstellung von Waffensystemen derart lukrativ ist, wird es keine aufrichtigen Bemühungen hin zu einem Ende der Überproduktion von Waffen geben. Solange es einen sogenannten militärisch-industriellen Komplex gibt (also die allzu innige Beziehung zwischen Militär und Rüstungsindustrie, zwischen Krieg und Gewinn), werden echte Abrüstung und strengere Kontrollen von Waffenproduktion und -export in weiter Ferne liegen.¹¹ Die zehn größten Rüstungsunternehmen erwirtschafteten im Jahr 2019 insgesamt einen Umsatz von knapp 250 Milliarden US Dollar,¹² weltweit gaben Staaten im Jahr 2020 etwa 1,96 Billionen US-Dollar für Militär und Verteidigung aus.¹³ Im Vergleich dazu wurden im gleichen Zeitraum nur etwa 6,5 Milliarden US-Dollar für die Friedensmissionen der UN zur Verfügung gestellt.¹⁴

Im Rahmen eines Projektes zu *Warum der internationale Waffenhandel ein feministisches Problem ist* veröffentlichten wir beim CFFP 2020 ein kleines poppiges Video¹⁵ mit ernstem Inhalt: Zwischen 2015 und 2019 wurden so viele Waffen gehandelt wie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Und die folgenden Punkte machen den Waffenhandel zu einem feministischen Anliegen: erstens aufgrund von geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie betrifft vor allem Frauen und Mädchen. Gibt es eine Waffe im Haushalt (Waffenbesitzer sind meist Männer), steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen im Rahmen von intimer Partnergewalt (>häuslicher Gewalt<) erschossen werden, erheblich. In den USA werden über die Hälfte der Frauen, die von ihrem (Ex-)Partner umgebracht werden, mit Schusswaffen getötet, insgesamt kommen sogar 84 Prozent aller ermordeten Frauen durch Schusswaffen zu Tode.¹⁶ In mehr als einem Drittel aller Femizide weltweit sind Schusswaffen involviert (in den USA ist es über die Hälfte), und in bewaffneten Konflikten erleiden viele Frauen und

LGBTQ*-Menschen sexualisierte Gewalt. Zweitens, weil Männer in politischen Prozessen zum Thema Waffen überrepräsentiert sind. Mehr als 80 Prozent der Teilnehmenden in Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozessen sind Männer, die lediglich eine männliche Perspektive einbringen.¹⁷ Und drittens aufgrund geschlechtsspezifischer Machtverständnisse: Aufrüsten gilt gemeinhin als rational, stark und mächtig – alles Begriffe, die mit Männlichkeit assoziiert sind. Dagegen wird Abrüsten als schwach, naiv und unrealistisch – also weiblich konnotiert – angesehen. Nach dieser Logik gelten Waffen als Synonym für Macht und Waffengewalt als Ausdruck von Macht. »Echte« Männlichkeit bedeutet in diesem patriarchalen Verständnis, Waffengewalt auszuüben und die schwächeren Frauen auch dadurch zu »schützen«. Durch diese irre und irrige Logik wird die Entmilitarisierung des internationalen Systems zusätzlich behindert, denn Regierungen fürchten, als schwach angesehen zu werden, wenn sie sich für Abrüstung einsetzen oder diese gar betreiben.¹⁸

Ich persönlich glaube, dass Waffenhandel sowie militärische Aufrüstung vor allem deshalb ein feministisches Problem sind, weil Waffen schlicht ein Instrument zur Gewaltausübung sind. Für die Lebensrealität auf unserem Planeten kann jedenfalls ganz eindeutig verallgemeinert werden: Männer fügen Frauen Gewalt zu. Fast alle Gewaltakte werden von Männern begangen. Und fast jede Frau hat eine Form der Gewalt – von Online-Gewalt in Form von *Hate Speech* und sexuellen Belästigungen¹⁹ über intime Partnerschaftsgewalt, Vergewaltigungen sowie Femizide und Totschlag – durch Männer erlebt. Auch die Zahlen für Deutschland sind erschreckend: Eine bereits 2004 publizierte Umfrage des Familienministeriums ergab, dass jede dritte Frau physische Gewalt erlebt hatte, jede siebte in Gestalt sexuellen Missbrauchs.²⁰ Das jahrtausendealte Patriarchat hat künstliche Hierarchien zwischen Gruppen von Menschen in unseren Gesellschaften

geschaffen. Um dieses System mit seinen weißen Männern des globalen Nordens an der Spitze aufrechtzuerhalten, wird Gewalt gegen Frauen oder rassistische Gewalt eingesetzt. Waffen machen die Gewaltausübung noch viel effizienter und halten somit das Patriarchat am Leben.

Waffen und militärische Aufrüstung erhöhen das Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern, zwischen dem globalen Norden und Süden oder zwischen anderen mächtigen und weniger mächtigen Gruppen.

Als im Jahr 2000 im *Sicherheitsrat der Vereinten Nationen* die *Resolution 1325 zu Women, Peace and Security* verabschiedet wurde, fehlte einer der wichtigsten Aspekte, den Feministinnen seit Jahrzehnten lautstark forderten: universelle Abrüstung. Und auch als im Jahr 1918 viele der Resolutionen der Feministinnen, die sich 1915 in Den Haag zu ihrer Friedenskonferenz trafen, in den *14-Punkte-Plan* des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson aufgenommen wurden, blieb die universelle Abrüstung außen vor.²¹ Wenn internationale Staaten und Institutionen sich damit schmücken, »die Belange von Frauen« und feministische Perspektiven in internationale Politik einfließen zu lassen, grenzt es doch oft an *Pinkwashing*, wenn mit Abrüstung der Aspekt mit der größten transformativen Wirkung einfach unter den Teppich gekehrt wird. Genau das macht Abrüstung, Demilitarisierung und das Ende des internationalen Waffenhandels zum Kernanliegen von Feministischer Außenpolitik.

MILITARISIERUNG

Was ist Militarisierung, und was bedeutet es, in einer militarisierten Gesellschaft zu leben? Dazu hat die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Cynthia Enloe grundlegend gearbeitet. Ihr zufolge beschreibt Militarisierung die schrittweise kulturelle,

symbolische und materielle Vorbereitung auf einen bewaffneten Konflikt.²² Wenn ein Staat seine Außenpolitik militarisiert, bedeutet das, er investiert in seine militärische Stärke und Fähigkeit. Das kann beispielsweise so aussehen: Es werden Streitkräfte vergrößert, Waffenarsenale aufgestockt sowie Militärbasen und Verbündete gesucht. Am eindrücklichsten scheint dabei die Größe der Armee oder die Zahl (schwerer) Waffensysteme – aber neben der Militarisierung gibt es auch noch den Begriff des Militarismus. Der liegt vor, wenn militärische Grundgedanken innerhalb der Gesellschaft verankert sind, beispielsweise beim Spielzeug, in Kinderspielen, Filmen oder bei Kleidung mit Camouflage-Muster. »Militarismus und Militarisierung gehen miteinander einher und verstärken sich gegenseitig«²³ – so steht es in unserem Policy Briefing zu Militarisierung der deutschen Außenpolitik. In einer anderen Publikation, unserem Manifest für eine Feministische Außenpolitik für Deutschland,²⁴ schreiben wir weiterhin, dass der Staat einer militarisierten Gesellschaft ständig daran arbeitet, und zitieren Cynthia Enloes Worte, dass »militärische Fähigkeit das bedeutendste und wirksamste Mittel ist, nationale Ziele zu erreichen, und dass Soldat:innen, Waffen und Kriege die notwendigsten und edelsten Instrumente sind, um den Staat zu schützen und voranzubringen«.²⁵

KERNZIEL: DEMILITARISIERUNG

Der Prozess der Militarisierung wurde in den meisten Gesellschaften so selbstverständlich, dass er nun ein unbewusster Teil des Alltags ist. Militärparaden, Kinderpistolen sowie unzählige, heroisierende Militär-Spielfilme sind Ausdruck dieses Alltags. Diesen militarisierten Normalzustand können Feminist:innen niemals akzeptieren.²⁶

Wie bereits klar geworden sein dürfte, stellt Feministische Außenpolitik feministische Sicherheit über staatliche Sicherheit. Feministische Sicherheit für alle setzt Demilitarisierung voraus. In einer militarisierten hierarchischen Gesellschaft können per Definition nicht alle Menschen sicher sein – im Gegenteil, die Mehrheit der Menschen ist unsicher. Vor allem die bereits marginalisierten.

Militarisierung bedeutet auch, dass eine Armee in immer mehr Bereiche der Gesellschaft vordringt. Dies ist auch im angeblich so friedlichen Deutschland der Fall: Die Bundeswehr geht regelmäßig in Schulen auf Nachwuchsfang und unterhält zentral am S-Bahnhof Friedrichstraße in Berlin einen »Showroom«. Das Rekrutierungsbüro ist voller Werbroschüren und Modellen von Schiffen. Auf Bildschirmen laufen Videos aus Militärübungen und als Slogan steht *Wir. Dienen. Deutschland* über der Tür. Ein anderes Beispiel ist die Unterstützung der Bundeswehr in Katastrophen- und Krisenfällen. Sie wurde tätig etwa bei der Flutkatastrophe 2002 an der Elbe oder 2021 an der Ahr sowie bei der Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Pandemie bei den Gesundheitsämtern. Auch in Impfzentren saßen Helfer im Fleckträn. Dieses Vordringen der Bundeswehr müsste nicht sein, würde man in andere Strukturen investieren. Die Politikwissenschaftlerin Rosa Brooks kommentierte solche Vorgänge mit den Worten: »Wenn man nur einen Hammer hat, ist alles ein Nagel.«²⁷

In unserem kurz vor der Bundestagswahl 2021 veröffentlichten Policy Briefing *Wie militarisiert ist die deutsche Außenpolitik?* kritisieren Nina und ihre Co-Autorinnen die zunehmende Militarisierung im Land. In den letzten 20 Jahren hat sich der deutsche Verteidigungshaushalt beinahe verdoppelt – von 24,3 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 45,65 Milliarden Euro im Jahr 2020. Zeitgleich wurde für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle oder auch Krisenprävention, Stabilisierung und

Friedensförderung nur ein Bruchteil der Gelder - nicht einmal ein Hundertstel der Verteidigungsmittel - ausgegeben.²⁸ Die fortschreitende Militarisierung Deutschlands zeigt sich auch daran, dass Berlin deutlich, auch im neuen Ampel-Koalitionsvertrag, am Konzept der nuklearen Abschreckung als Sicherheitsgarant festhält und damit auch die Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen bislang rechtfertigt. Hochproblematisch ist ferner, dass die deutsche Rüstungsindustrie einen exzellenten Zugang zu politischen Entscheider:innen hat. Laut einer 2020 von *Transparency International Deutschland* publizierten Studie gibt es Verflechtungen zwischen Waffen-Lobbyisten und der Politik. Dies zeigt sich etwa am Luft- und Rüstungskonzern *Airbus*, der die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)* zwischen 2013 und 2016 mit mehr als 100 000 Euro jährlich sponserte. Die *DGAP* ist ein u. a. vom Auswärtigen Amt finanzierter Thinktank, der sich als »unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Experten- und Mitgliederorganisation« versteht und mit seiner Arbeit »seit über 60 Jahren die außenpolitische Debatte in Deutschland [prägt]«, wie es in einer Selbstbeschreibung heißt. Der langjährige *Airbus*-Vorstandschef ist heute Präsident der *DGAP*.²⁹ Der Forschungsdirektor spricht sich öffentlich immer wieder für Rüstungsexporte aus. - Unabhängig geht anders.

Die zunehmende Militarisierung hat weitreichende Folgen in alle Bereiche der Gesellschaft hinein: Gewalt ausüben und das Militär einzusetzen wird zum Mittel der Wahl in allen Konfliktsituationen. Humanitäre Hilfseinsätze (etwa von Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen e. V.) werden zunehmend mit militärischen Zielen verknüpft, auch die gewaltsame Verteidigung von Grenzen wird zur Normalität. Das zeigt sich daran, mit welcher Härte *Frontex*, die *Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache*, gegen Flüchtende im Mittelmeerraum vorgeht. Durch die staatliche Legitimierung von Gewalt in Konfliktsituationen wird

diese auch innerhalb partnerschaftlicher Beziehungen legitimiert und normalisiert, sodass das Gewaltisiko für Frauen sowie zur LGBTQI*-Community gehörende Personen steigt.³⁰

Mit ihrer militaristischen Haltung entspricht die Bundesregierung nicht den Interessen ihrer Bürger:innen. Denn tatsächlich ist die öffentliche Meinung in Deutschland generell eher antimilitaristisch. »So lehnen beispielsweise 66 Prozent der deutschen Bevölkerung das Konzept der nuklearen Abschreckung ab und stehen der nuklearen Teilhabe Deutschlands kritisch gegenüber.«³¹ »80 Prozent der deutschen Bevölkerung lehnen Rüstungsexporte in Konfliktregionen ab, und 64 Prozent lehnen sie grundsätzlich ab [...]«³², schreiben Nina und ihre Co-Autor:innen in unserem Policy Briefing zur Militarisierung Deutschlands.

ABRÜSTUNG ALS FEMINISTISCHES KERNANLIEGEN IN DER GESCHICHTE

Das Beste an meiner Arbeit zu Feministischer Außenpolitik und als Mitgeschäftsführerin des *CFFP* sind die beeindruckenden Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten und interagieren darf. Eine davon ist die Akademikerin Dr. Louise Arimatsu. Eine von Louises vielen Fachgebieten ist die Geschichte des feministischen Aktivismus innerhalb der Abrüstungsbewegung. Die folgende Darstellung greift überwiegend auf Louises Wissen zurück, das sie mit mir für dieses Buch geteilt hat. Ich kann diese von Arimatsu erforschte Geschichte hier nur stark verkürzt darstellen. Doch weil kaum bekannt ist, dass Frauen und Feministinnen seit über hundert Jahren für eine wirklich transformative Abrüstungsagenda kämpfen und damit die geltenden Paradigmen infrage stellen, ist ihre Sichtbarmachung ein wichtiger feministischer Akt.³³

Der russische Zar Nikolaus II. hatte als Erster die Idee, Abrüstungsbemühungen in internationalen Foren zu besprechen, denn er sah in der Entwaffnung eine Voraussetzung für

zwischenstaatlichen Frieden. Dies sollte bei der Ersten Haager Friedenskonferenz von Mai bis Juli 1899 mit Juristen und Politikern aus 26 Staaten umgesetzt werden. Doch das Vorhaben scheiterte, es wurden keine Fortschritte in Sachen Abrüstung erreicht. Der russische Delegierte Fyodor Martens sagte damals: »Die Utopisten, die gefährlichsten Feinde des Fortschritts des Völkerrechts, erwarteten von dieser Konferenz eine allgemeine Abrüstung aller Mächte, ewigen Frieden und die Abschaffung des Krieges«³⁴ – und mit dieser Einstellung war er nicht alleine. Die größten Utopist:innen waren dabei die Frauen, die sich aktivistisch für Frieden einsetzten. Allen voran gilt das für die *Women's International League for Peace and Freedom (WILPF)*: Sie übergab den Delegierten eine Petition mit über einer halben Million Unterschriften, die sich für die Abrüstungsbestrebungen aussprach.³⁵

Die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenz von 1899 waren für die meisten Frauen und Feminist:innen eine sehr große Enttäuschung. Sie lenkten von nun an mehr Aufmerksamkeit auf die Zusammenhänge zwischen den sozialen und geschlechtsspezifischen Kosten des Wettübens sowie Imperialismus, Militarismus und der Unterdrückung von Frauen. Louise Arimatsu macht in ihren Ausführungen deutlich: Die Haager Konferenz von 1899 war trotz des Misserfolgs ein Meilenstein, weil Frauen von nun an begannen, ihre eigene feministische Agenda zur Abrüstung zu entwickeln.³⁶ Zwischen dieser Ersten Haager Friedenskonferenz und der zweiten im Jahr 1907 nahmen die Militärausgaben in fast allen Staaten zu. Die dritte Haager Konferenz hätte 1915 stattfinden sollen, wurde aber aufgrund des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs im Juli 1914 abgesagt. Doch das hielt über 1000 Feministinnen nicht davon ab, sich trotz hoher persönlicher und finanzieller Kosten von April bis Mai 1915 in Den Haag zum Internationalen Frauenkongress zu treffen. Obwohl viele der Forderungen in *Wilson's 14-Punkte-Plan* eingingen (ohne die Leistung

der Feministinnen zu kennzeichnen), wurde die zentrale Forderung nach universeller Abrüstung nicht aufgenommen, sondern lediglich eine Reduktion von nationaler Aufrüstung.³⁷

Der Vertrag von Versailles forderte nur die Abrüstung Deutschlands. Doch der mit ihm ins Leben gerufene *Völkerbund* zielte auf die Minimierung der internationalen Aufrüstung.³⁸ *WILPF* kritisierte den Versailler Vertrag deutlich – eben auch, dass lediglich eine einseitige Abrüstung beschlossen wurde. So könne es nicht zu Frieden und Sicherheit kommen. Sie forderten universelle, absolute Abrüstung. Die Feministinnen durften nicht an der *Pariser Friedenskonferenz* teilnehmen – und trafen sich dann für den eigenen zweiten *Internationalen Frauenkongress* in Zürich 1919.³⁹

Die Schaffung des *Völkerbundes* 1920 war ein wichtiges Ereignis für den feministischen Aktivismus, denn dadurch bekamen die Frauen endlich Zutritt zu den Foren, in denen internationale Politik entschieden wurde. In der Zwischenkriegszeit nahmen die Friedensaktivistinnen zwei Ziele in den Blick: universelle Abrüstung und die Regulierung des privaten Waffenhandels. Doch es tat sich nicht viel. Die *Genfer Abrüstungskonferenz* von 1932 (bis 1936) war ein Wendepunkt für feministischen Aktivismus: Zum ersten Mal in der Geschichte schickten Staaten Frauen als Delegierte, andere Staaten unternahmen entsprechende Schritte, sodass Frauen in die formellen Prozesse aufgenommen wurden. Dies geschah, indem das *Women's Disarmament Committee*, ein Zusammenschluss verschiedener Frauenorganisationen, der im Vorfeld der Konferenz gegründet wurde, einen besonderen Status zugewiesen bekam. Doch auch bei dieser Konferenz wurde keine Einigung beim Thema Abrüstung erreicht. Zunehmende Konflikte, gesteigerte Militarisierung, wachsender Nationalismus und der aufkommende Faschismus trübten die Hoffnung auf friedliche Zeiten. Louise Arimatsu hebt hervor, dass diese frühen

feministischen Aktivistinnen nicht bloß darauf bestanden, am politischen Leben teilhaben zu dürfen. Nein, sie wollten die Politik komplett ändern.⁴⁰ Und sie taten sich dafür mit Feministinnen auf der ganzen Welt zusammen. Wann immer ich mir klarmache, was alles vor knapp 100 Jahren schon gedacht, gesprochen und gefordert wurde, kommen mir so manch berühmte Worte von feministischen Demonstrationen in den Sinn: *I can't believe I still have to protest this shit.*

Während des Zweiten Weltkrieges pausierte internationaler feministischer Friedensaktivismus für die meiste Zeit. Doch nach dem Krieg, bei der Gründung der *Vereinten Nationen*, waren Feministinnen vorne mit dabei: Frauenrechtsorganisationen wie *WILPF* oder der *Internationale Frauennrat* waren zwei der ersten NGOs, die beratenden Status beim *Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (Economic and Social Council, ECOSOC)* erhielten. Dadurch bekamen sie Zugang zu UN-Organen wie der *Generalversammlung* und dem *Menschenrechtsrat*. Doch während des Kalten Krieges mit seiner Rivalität zwischen der Sowjetunion und den USA konnte *WILPF* ihr Ziel der universellen Abrüstung nicht besonders vorantreiben. Geopolitik dominierte, und es tat sich ein immer größerer Graben auf zwischen den Nuklearwaffenstaaten und den Staaten, die eine Welt ohne Nuklearwaffen forderten und sich als *Bewegung der Blockfreien Staaten* organisierten.

Feministinnen konzentrierten sich immer mehr darauf, gegen das Testen von Nuklearwaffen vorzugehen.⁴¹ Anfang der 1950er-Jahre appellierte beispielsweise *WILPF* an die junge *Weltgesundheitsorganisation*, die Auswirkungen von Atomtests auf die Gesundheit zu beachten. Doch diese Forderung wurde mit Verweis darauf abgelehnt, dass Atomwaffentests eine politische Angelegenheit seien. Zwei Jahrzehnte später verabschiedete die *WHO* dann eine Resolution, in der sie ein sofortiges Ende der Tests forderte.

In unterschiedlichen Bewegungen wurden Frauen und Feministinnen immer wieder marginalisiert, weshalb sie ihre eigenen Organisationen und Bewegungen formten. Dazu gehört die US-amerikanische friedenspolitische Frauengruppe *Women Strike for Peace*. Am 1. November 1961 mobilisierte sie 50 000 Frauen, die in 60 Städten der USA gegen Atomwaffentests demonstrierten. Dadurch sollen sie zumindest in einem gewissen Umfang dazu beigetragen haben, dass die Regierung Kennedy 1963 den *Vertrag über das Verbot von Kernwafferversuchen* verabschiedete. Als die UN entschieden, 1975 zum *Internationalen Jahr der Frau* zu machen und die erste *UN-Weltrauenkonferenz* in Mexiko-Stadt abzuhalten, hofften die Feministinnen, dort auch die Forderung nach Abrüstung zu platzieren. Doch das wurde ihnen nicht gestattet, denn manche Staaten wehrten sich dagegen. Abrüstung habe nichts mit Frauenrechten zu tun, wurde argumentiert. Kurzerhand organisierten Feministinnen eine Parallelveranstaltung und machten so viel Lobbyarbeit, dass in die Schlussklärung dennoch eine Verpflichtung zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung aufgenommen wurde.⁴²

Auch ist es vor allem *WILPF* zu verdanken, dass Abrüstung Teil der Agenden der folgenden *UN-Weltrauenkonferenzen* in Kopenhagen (1980) und Nairobi (1985) wurde. Und die *Pekingier Aktionsplattform* (1995) erkennt diese Geschichte des feministischen Aktivismus an, genauso wie die Verhinderung von bewaffneten Konflikten zur Realisierung von Frauenrechten.⁴³ Obwohl der 1970 in Kraft getretene *Atomwaffensperrvertrag* Atomwaffen besitzende Staaten verpflichtete, diese komplett abzurüsten, und verbot, dass weitere Atomwaffen erworben oder produziert wurden, geschah das Gegenteil: Während des Kalten Krieges wurden immer mehr Nuklearwaffen angehäuft, universelle Abrüstung wurde immer unwahrscheinlicher – Artikel 26 der *Charta der Vereinten Nationen* wurde und wird weiter ignoriert.

Mit dem Ende des Kalten Krieges kümmerten sich die Feministinnen vermehrt um andere Formen der Waffengewalt wie Klein- und Leichtwaffen. Nicht nur Feministinnen forderten damals ein umfassenderes Verständnis von Sicherheit, das eben die Sicherheit des Individuums und nicht des Staates in den Mittelpunkt stellt: Der *Human Development Report* von 1994 brachte das Konzept der *menschlichen Sicherheit* auf die internationale Agenda. In der Folge fand das Konzept der *humanitären Abrüstung* immer mehr Aufmerksamkeit. Indem die Auswirkungen von Waffengewalt auf alle Menschen zu jeder Zeit betrachtet wurde, verschwand der Unterschied zwischen bewaffneten Kräften und Zivilist:innen sowie zwischen Friedens- und Kriegszeiten in der Analyse. Erstmals ging es darum, was Waffen grundsätzlich mit Menschen anrichten, das Thema wurde also ganzheitlich betrachtet, und zwar auch, indem es sich auf das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte bezog. Dieses neue Narrativ trug auch zum Verbot von Antipersonenminen 1997 bei, der sogenannten *Ottawa-Konvention*, wofür die Feministin Jody Williams den Friedensnobelpreis erhielt. Auch das Übereinkommen über Streumunition 2008 geht auf das Konto dieser Entwicklung. Die »katastrophalen humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen«⁴⁴ wurden durch die Vertragsstaaten im Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags 2010 anerkannt, wodurch der Weg für weitere Diskussionen über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen im Laufe der nächsten Jahre geebnet wurde. Als Resultat wurde 2017 der *Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)* verabschiedet, der seit Januar 2021 in Kraft ist. Übrigens hat Deutschland zwar den Konferenzen zur Beratung des AVV beigewohnt und der Koalitionsvertrag der neuen Regierung beinhaltet die Verpflichtung, an der Konferenz der Vertragsstaaten zum AVV 2022 als Beobachter teilzunehmen, doch bis heute hat unser Land

weder die Konsequenzen von Atomwaffen für die Sicherheit von Menschen als Priorität anerkannt noch den AVV unterzeichnet.⁴⁵ Feministinnen konnten durch jahrzehntelangen Aktivismus also wesentlich zum internationalen Abrüstungsregime beitragen. Sie haben erkannt, dass »die Atomwaffe ... ein Instrument des Patriarchats« ist.⁴⁶ Die Änderung von Narrativen und der Fokus auf *Humanitarian Disarmament*^{*} sowie die Analysen des Zusammenspiels von Geschlecht, Macht, Militarismus und Gewalt haben dazu beigetragen, dass ein Umdenken stattfand und neue Realitäten geschaffen wurden.

Doch es besteht eine Gefahr: Dieses Wissen und die Forderung nach Geschlechteranalysen kann am Ende bedeuten, dass lediglich gefordert wird, es müssten mehr Frauen an Rüstungsentscheidungen teilnehmen. Das nennt man dann *Pinkwashing*. Diese Sorgen sind berechtigt und die Entscheidungen oft nicht einfach, wie man beispielsweise am *Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT)* sieht. Zwar haben feministische Rechtswissenschaftler:innen und Aktivist:innen »möglicherweise eine aktive Rolle bei der Forderung nach Integration der Menschenrechte und einer neuen Bestimmung zu geschlechtsspezifischer Gewalt in den Vertragstext von 2013 gespielt«,⁴⁷ doch die Nachteile seien ihnen bewusst gewesen, meint Arimatsu.⁴⁸ Denn der ATT ist weltweit der erste internationale Vertrag, der den Zusammenhang zwischen Waffenhandel und geschlechtsspezifischer Gewalt thematisiert. Er zielt jedoch darauf ab, den internationalen Waffenhandel zu regulieren – ohne ihn

* Ähnlich wie beim Konzept der menschlichen Sicherheit fehlt auch bei *Humanitarian Disarmament* die Anerkennung der unterschiedlichen Betroffenheit einzelner Personengruppen bzw. der Fokus auf marginalisierte Gruppen. Aus feministischer Perspektive ist es essenziell, diese disproportionale Betroffenheit anzuerkennen und zu beseitigen. Trotzdem begrüßen wir beim CFFP auch in unserer Publikation hierzu die Einigung auf das Konzept.

grundsätzlich infrage zu stellen oder gar Staaten dazu aufzufordern, ihn zu limitieren. Tatsächlich spricht der Vertrag sogar davon, dass internationaler Waffenhandel zu Frieden und Sicherheit beitragen könnte. Mit einer sehr kritischen Haltung würde man wohl sagen, dass Feminist:innen durch solchen Aktivismus den Waffenhandel legitimieren. Wohlwollende Stimmen würden eher betonen, dass Feminist:innen dazu beitragen, einen Fuß in die Tür zu bekommen und feministische Aspekte in solchen Verträgen zu platzieren. So oder so: Die Übereinkunft zeigt, was passieren kann, wenn feministische Forderungen auf die Realität globaler Macht hierarchien treffen.

Feminist:innen wissen: Solange die Treiber des Waffenhandels – die öffentliche und private Kriegsmaschinerie – nicht effektiv angegangen werden, wird es keine universelle Abrüstung geben können. Dass Frauen weiterhin derart stark ausgeschlossen sind von den Bereichen, in denen Waffenregulierung und Rüstungskontrolle besprochen wird, darin sieht Louise Arimatsu ein katastrophales Versagen von staatlicher Verantwortung.⁴⁹

UTOPISCHES DENKEN UND FEMINISMUS

Häufig wird Menschen, die sich für gesellschaftlichen Wandel einsetzen, vorgeworfen, sie seien naiv und ihre Forderungen utopisch. Auch mir wird immer wieder die Frage gestellt, ob denn nicht meine und unsere Forderungen beim CFFP utopisch wären. Im April 2021 wurde ich von der taz (ausgerechnet!) gefragt: »Sie treten mit Ihrer Organisation für die Abschaffung des Patriarchats, Demilitarisierung und globalen Frieden ein. Sind das nicht völlig utopische Ziele?« Ich antwortete: »Das sind Utopien, ja. Und wir treten für sie ein. Vor 400 Jahren war es völlig utopisch, die Sklaverei abzuschaffen. Um die Jahrhundertwende war das Wahlrecht für Frauen völlig utopisch. Nur Menschen, die Utopien

formuliert und für sie gekämpft haben, haben je zu sozialem Wandel beigetragen. Sie haben den Weg dafür bereitet, wie wir heute leben. Trotzdem sind wir natürlich noch weit entfernt, etwa von der Gleichstellung der Geschlechter.«⁵⁰ – Per definitionem ist eine Utopie etwas, das noch nicht realisiert ist. Es ist eine positiv verstandene Zukunftsvision, die im Falle feministischer Politik als konstruktiv verstanden werden kann. Das bedeutet: Jede Person kann aktiv zur Umsetzung der Utopie beitragen.

EIN NEIN ZUM WAFFENHANDEL

Seit über 100 Jahren setzen sich Feminist:innen für ein Ende des internationalen Waffenhandels ein. Dennoch nehmen die Rüstungsausgaben stetig zu.⁵¹ Doch der 2013 verabschiedete *Vertrag über den Waffenhandel (ATT)* ist der weltweit erste Rüstungskontrollvertrag, der sich explizit in Artikel 7.4 auf geschlechtsspezifische Gewalt bezieht. Dort verpflichten sich die Waffen exportierenden Vertragsparteien, bei ihren Ausfuhren das Risiko zu berücksichtigen, dass diese Waffen »zur Begehung oder Erleichterung schwerer geschlechtsspezifischer Gewalttaten oder schwerer Gewalttaten gegen Frauen und Kinder verwendet werden«⁵². Das übergeordnete Ziel des Vertrags ist, den internationalen Handel mit konventionellen Rüstungsgütern zu regeln, um menschliches Leid zu verringern und einen Beitrag zu Frieden und internationaler Sicherheit zu leisten. Wenn man sich anschaut, was alles zu diesen konventionellen Rüstungsgütern gehört, wird klar, wie viel Tod, Leid und Verderben sie anrichten: Denn das sind unter anderem Kampfpanzer, Schützenpanzer, großkalibrige Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Kampfubschrauber, Kriegsschiffe, Lenkflugkörper und deren Abschussgeräte, Klein- und Leichtwaffen und die dazugehörige Munition sowie

Komponenten, um die genannten Waffen zu bauen. Indem der *ATT* geschlechtsspezifische Gewalt sowie Gewalt gegen Frauen und Kinder nennt und indem die *WPS Agenda* in *UN-Resolution 2467* Bezug nimmt auf den *ATT*, ist die Verbindung zwischen feministischen Forderungen und internationalem Waffenhandel eben keine bloße theoretische Ableitung von feministischen Außenpolitiker:innen und Aktivist:innen, sondern klar etabliert in einigen der anerkanntesten internationalen Normen.

Dennoch übersetzt sich der starke Einsatz vieler Regierungen für die *WPS Agenda* – wie auch der deutschen, ganz besonders während seiner zweijährigen nicht ständigen Mitgliedschaft im *Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/2020* – eben nicht in eine restriktive Rüstungs(export)kontrollpolitik oder stärkere Abrüstungsbemühungen. Durch diese Doppelmoral wird der Einsatz für *WPS* und »mehr Frauen am Verhandlungstisch« sehr schnell unauthentisch. Die *WPS Agenda* ist keine Pralinschachtel, aus der man sich nur rausnimmt, was einem schmeckt. Eine Feministische Außenpolitik muss konsequent und kohärent sein. Ist sie jedoch nicht: Selbst Schweden mit seinem Pionierstatus für Feministische Außenpolitik exportiert viele Waffen, beispielsweise 2018 auch militärische Ausrüstung in Länder, die in den Krieg im Jemen involviert sind.⁵³ Und wie ist das mit Deutschland? Vertreter:innen der Bundesregierung behaupten gerne, es exportiere keine Klein- und Leichtwaffen. Das täuscht jedoch. Das Auswärtige Amt meint damit, dass Deutschland diese Waffen nicht in sogenannte Drittstaaten exportiert. Das sind Länder, die nicht der *EU* oder *NATO* angehören oder ihr gleichgestellt sind. In diesem Sinne hat Deutschland im Jahr 2020 Klein- und Leichtwaffen sowie entsprechende Munition im Wert von 3,1 Millionen Euro in die USA exportiert.⁵⁴ Also zu einer *NATO*-Partnerin, die das gefährlichste Hocheinkommensland für Frauen im Hinblick auf Waffengewalt ist. Gibt es eine Waffe im Haushalt, steigt dort die

Wahrscheinlichkeit um 500 Prozent, dass die Frau gewaltsam von ihrem Partner getötet wird.⁵⁵ Rüstungsexporte in *EU*, *NATO*- und ihnen gleichgestellte Länder werden im Einklang mit den sogenannten *Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern* nicht weiter auf ihre potenziellen Auswirkungen auf die Menschenrechte untersucht.⁵⁶

Es geht einfach nicht, sich als Staat oder Außenminister:in »Frauen und Frieden« auf die Fahne zu schreiben und dann so lapidar mit Rüstungsexporten umzugehen. Deshalb haben Nina und ich – und unser *CFFP* – 2020 in einer Studie, die wir im Auftrag von *Greenpeace* zum Zusammenhang deutscher Waffenexporte und geschlechtsspezifischer Gewalt erarbeiteten, deutliche Forderungen aufgestellt: Die Bundesregierung muss das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt als eigenständiges Kriterium in den *Politischen Grundsätzen* aufführen und bei der menschenrechtlichen Folgeabschätzung von Rüstungsexporten verpflichtend berücksichtigen. Dazu gehört das Risiko, dass exportierte Waffen geschlechtsspezifische Gewalt erleichtern können, wie im *ATT* vorgesehen. Denn wie wir bei unserer Arbeit herausfanden, spielt das Risiko bislang kaum eine Rolle, wenn Mitarbeitende des Auswärtigen Amtes beurteilen müssen, ob in den importierenden Ländern die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen besteht.⁵⁷ Langfristig fordern wir, dass die Bundesregierung eine Strategie für ein Exportende von deutschen Waffen, militärischer Ausrüstung, Technologie und militärischem Wissen sowie ein Ende der Unterstützung deutscher Tochterfirmen der Rüstungsindustrie im Ausland erarbeitet und umsetzt, mit einem klaren Zeitplan und klaren Meilensteinen.⁵⁸ Denn Konfliktprävention kann nur durch eine Entmilitarisierung unserer Sicherheitsstrukturen funktionieren.

Der internationale Waffenhandel ist auch deshalb ein urfeministisches Anliegen, da mithilfe von Waffen als Drohnittel

geschlechtsspezifische Gewalt ausgeübt wird, auch beispielsweise Vergewaltigungen als Kriegswaffe, die »fast wie eine Massenvernichtungswaffe«⁵⁹ wirkt. Das zeigte sich etwa in Ruanda, als 1994 binnen eines Vierteljahres zwischen 250 000 und 500 000 Vergewaltigungen verübt wurden und damit praktisch die Regel waren, wie ein UN-Bericht von 1996 feststellte: »Manche Opfer waren erst zwei, andere 75 Jahre alt. (...) In manchen Regionen waren fast alle überlebenden Frauen vergewaltigt worden.«⁶⁰ Zwar sind Männer zu 80 Prozent die Todesopfer von Waffengewalt und bewaffneter Konflikte, doch sind Frauen, Mädchen und nichtgenderkonforme Personen unverhältnismäßig stark von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen, die fast ausschließlich von Männern ausgeübt wird. Verschiedene UN-Institutionen haben bereits anerkannt, dass der Export von Klein- und Leichtwaffen mit geschlechtsspezifischer Gewalt zusammenhängt. Im Report *Securing Our Common Future* der UN heißt es: »Ein hohes Level an Waffen und Munition im Umlauf trägt zu Unsicherheit bei, richtet Schaden in der Zivilbevölkerung an, verursacht Menschenrechtsverletzungen und behindert humanitäre Versorgung.«⁶¹

Ein Ende von (geschlechtsspezifischer) Waffengewalt kann es folglich erst geben, wenn Staaten keine Waffen mehr produzieren sowie im In- und Ausland verkaufen. Bis wir dahin kommen, kann eine umfassende Implementierung des ATT einen wichtigen Beitrag leisten, (geschlechtsspezifischer) Gewalt vorzubeugen.⁶² Die Hauptforderung muss jedoch ein Ende des internationalen Waffenhandels sein.

EIN NEIN ZU ATOMWAFFEN

Die aktuellen Nuklearwaffenarsenale reichen aus, um die menschliche Existenz zu beenden. Angesichts dessen ist vollkommen unverstänglich, warum es auch nicht nur für die gerade erwähnten Klein- und Leichtwaffen oder konventionelle

Waffen Rechtfertigungsversuche gibt, sondern auch Nuklearwaffen unsere Welt angeblich sicherer machen. Die irrationalen patriarchalen Erklärungsmuster machen vor all diesen Gefahren keinen Halt. Wie patriarchal sie wirklich sind, zeigt sich bereits an der Sprache: Carol Cohn zeigt in *Sex and Death in the Rational World of Defense*, dass sexualisierte Sprache (»Erector Launchers«, »Soft Lay Downs«, »Deep Penetration«, »Organic Whumps«) den Diskurs zu Nuklearwaffen beherrscht. Mit dieser Sprache bleiben die Realität und der Schrecken des Krieges in weiter Distanz. Der Diskurs beschränkt sich auf die Waffen selbst und verkürt so die fatalen menschlichen Folgen.

Es ist schon beachtlich, wie sogenannte »Realist:innen« bzw. »Realpolitiker:innen« darauf beharren, dass (ihre) Fakten und (ihre) Realität die Ausgangslage für (außen)politische Entscheidungen sein müssten. Wie sie feministische Ansätze zu Außen- und Sicherheitspolitik als naiv und realitätsfern bezeichnen, während gleichzeitig die Argumente für Nuklearwaffen und Konzepte wie »nukleare Abschreckung«, so der US-Friedensforscher Ward Wilson in seinem Buch *Five Myths about Nuclear Weapons*, großteils Hirngespinnste sind. Also fernab jeglicher Realität. So argumentiert Wilson, dass Japans Kapitulation 1945 wahrscheinlich gar nicht auf Hiroshima und Nagasaki zurückgeht, wie von Atomwaffen-Befürworter:innen stets als Rechtfertigung vorgebracht wird. Tatsächlich sei die Kriegserklärung gegenüber Japan vonseiten Stalins und der Sowjetunion ausschlaggebend gewesen. Damit wäre das Argument abgeschwächt, Atomwaffen hätten eine derart extreme Wirkung, dass sie andere Staaten in die Knie zwingen.⁶³ Das weitverbreitete realpolitische Argument, »nukleare Abschreckung« würde in Krisen funktionieren und damit Schlimmeres verhindern, überzeugt Wilson ebenfalls nicht. Immer wieder wird hierfür die »Kubakrise« im Oktober 1962 herangezogen, als die Welt haarscharf an einem heißen atomaren Krieg vorbeischrammte. Die Vereinigten Staaten

hatten schon länger Jupiter-Mittelstreckenraketen auf einem türkischen NATO-Stützpunkt stationiert, woraufhin die damalige Sowjetunion sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba platzierte. Der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy drohte daraufhin mit dem Einsatz von Atomwaffen, um die weitere Aufrüstung auf Kuba zu verhindern. Dass die Konfrontation der Supermächte nicht in einem Atomkrieg endete, wird immer wieder mit der Macht der nuklearen Abschreckung vonseiten der USA erklärt. Doch Wilson fragt, warum nukleare Abschreckung nicht dazu führte, Kennedy von der Blockade Kubas abzuhalten, wenn damals davon ausgegangen wurde, dass eine solche Blockade ebenfalls zu einem Atomkrieg führen könnte. Ähnlich, so Wilson, habe das damalige Nukleararsenal-Monopol der USA Stalin nicht davon abgehalten, 1948 Berlin zu blockieren. Beim Kräfte messen der konkurrierenden Supermächte musste damals der Westen Berlins aufgrund der sowjetischen Abriegelung per Luftbrücke versorgt werden. Auch hier habe nukleare Abschreckung nicht gewirkt. »Die Geschichte der nuklearen Abschreckung ist verzerrt. Bestimmte Episoden, die auf ein Versagen der nuklearen Abschreckung hinweisen könnten, ließ man leise im Hintergrund verblasen, während andere Episoden als Erfolg bezeichnet wurden und eine Bedeutung erhielten, die sie möglicherweise nicht verdienen«, so Wilson in seinem Buch. »Die Abschreckungstheorie und die von ihr ausgehende Denkschule haben seit den 1950er-Jahren das Denken von außenpolitischen Entscheidungsträgern enorm geprägt. Robert Jervis nannte sie »die wahrscheinlich einflussreichste Denkschule in der amerikanischen Lehre der Internationalen Beziehungen«. Doch es ist gut möglich, dass die Macht dieser Denkschule einen negativen Einfluss auf unsere Fähigkeit hatte, die Fakten zu sehen.«⁶⁴

Das Argument, Nuklearwaffen hätten zu jahrzehntelangen Frieden geführt und einen Dritten Weltkrieg verhindert, überzeugt Wilson ebenfalls nicht. Zum einen sei das

Nichtvorhandensein von etwas (also kein dritter Weltkrieg) in keinem anderen Bereich, wie Medizinforschung oder Flugsicherheit, ein überzeugender Beweis. Darüber hinaus hätten andere Gründe dazu geführt, dass ein weiterer Weltkrieg ausblieb. Auf sowjetischer Seite etwa das Ausmaß der Zerstörung (27 Millionen getötete Landsleute im Zweiten Weltkrieg) und in den USA andere zentrale Themen wie der Vietnamkrieg oder auch die Bürgerrechtsbewegung. Hinzu kommen der Beginn der wirtschaftlichen Integration in Europa; Allianzenbildung wie die NATO oder der Warschauer Pakt; die Entstehung internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen. Und nicht zuletzt seien historisch gesehen längere friedliche Phasen durchaus üblich. Die Geschichten und auch Mythen, die wir uns als Gesellschaft immer wieder erzählen, beeinflussen unsere Entscheidungen und unser Handeln. Genau deshalb müssen wir dringend Theorien wie die der nuklearen Abschreckung und Mythen zur angeblichen Sicherheit durch Atomwaffen hinterfragen.

Laut Aussagen des Chefs des US-amerikanischen Atomwaffenkommandos, Admiral Charles A. Richard, sowie der Vereini-gung US-amerikanischer Atomwissenschaftler:innen vom Frühjahr 2021 sei die Gefahr eines Atomkriegs so hoch wie nie zuvor.⁶⁵ Atombomben sind der deutlichste und perverseste Ausdruck von patriarchaler Gewalt sowie Dominanz- und Zerstörungsfantasien. Sie sind Ausdruck eines Verständnisses, das Gewalt und physische Kraft als elementar für Sicherheit ansieht. Wer unterdrücken und zerstören kann, ist mächtig. Und sicher. Als 2018 der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un tweetete, dass auf seinem Tisch stets ein nuklearer Auslöser stehe, antwortete der damalige US-Präsident Donald Trump: »Würde jemand aus seinem erschöpften und ausgehungerten Regime ihn bitte darüber informieren, dass auch ich einen Nuklearknopf habe, aber einen viel größeren und mächtigeren als er, und mein Knopf funktioniert!« Viel deutlicher

kann man das Bedürfnis, mittels Atomwaffen Stärke und Macht zu symbolisieren, nicht ausdrücken. In dieser Logik werden Atomwaffen als maximale Sicherheitsgarantie angesehen. Zu einer Zeit, in der realpolitisches Denken dominierte und kaum hinterfragt wurde und alternative Denkweisen keine Rolle spielten im internationalen Handeln, wurden sicherheitspolitische Institutionen gebaut, die seither diese Dominanz- und Zerstörungsfantasien im Kern ihres Daseins haben: Da ist zuallererst die 1949 gegründete NATO zu nennen, die Theorie der nuklearen Abschreckung ist konstituierend für sie: Das Bündnis versteht sich als nukleares Bündnis, solange es Nuklearwaffen gibt. Indem Deutschland eine »nukleare Teilhabe«* mit der NATO unterhält, ist es eines von fünf NATO-Ländern (neben Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei), die US-Atomwaffen auf ihrem Staatsgebiet haben: Etwa 15 bis 20 B61-Atombomben sind in dem kleinen Eifel-Ort Büchel auf dem dortigen Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr stationiert (im Ernstfall würden die Atomwaffen von der Bundeswehr nach vorausgegangenem Befehl der: US-amerikanischen Präsident:in eingesetzt). Ist es überraschend, dass die NATO nicht erfreut war (um es diplomatisch auszudrücken), als der *Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)* am 22. Januar 2021 in Kraft trat und damit international geltendes Völkerrecht wurde?⁶⁶ Wohl kaum. Denn der Vertrag verbietet die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Erprobung sowie den Besitz und den Einsatz von Nuklearwaffen.⁶⁷

Der *Atomwaffenverbotsvertrag* ist eine zivilgesellschaftliche Erfolgsgeschichte. Es ist vor allem der *International Campaign to*

* Die nukleare Teilhabe besteht zum einen aus der politischen Teilhabe – Deutschland ist Teil der Nuklearen Planungsgruppe und damit in die Nuklearstrategie der NATO einbezogen – und zum anderen aus der technischen Teilhabe, also der Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden.

Abolish Nuclear Weapons (ICAN) – ein Zusammenschluss vieler NGOs – zu verdanken. Der Vertrag wurde am 7. Juli 2017 von den UN verabschiedet, wobei mit 122 Ländern zwei Drittel aller Staaten für die Annahme des Vertrages stimmten. Bekannte Gesichter dieser Erfolgsgeschichte wie die Direktorin von ICAN Beatrice Fihn, oder Ray Acheson, Autorin des Buches *Banning the Bomb. Smashing the Patriarchy*, sind nicht zufällig dezidiert feministisch. Sie kämpfen für ein Ende dieses maximalen Ausdrucks patriarchaler Gewalt und seiner Möglichkeit, massenhafte genozidale Gewalt zu verursachen.

Ray Achesons Buch zeigt in aller Ausführlichkeit die Geschichte der Bewegung auf, die im Verbot von Atomwaffen resultierte, und die intersektional feministische Kritik am Nukleararsenal. Ihr zufolge ist die feministische Analyse eine Voraussetzung dafür, Nuklearwaffen gewissermaßen als negativen Höhepunkt des zerstörerischen patriarchalen Denkens zu begreifen. In einem solchen Weltbild scheint es in Ordnung, dass die neun Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, dazu in der Lage sind, per Knopfdruck Hunderttausende Menschen zu töten und weiterhin zu behaupten, dass dies unsere Welt sicherer mache – und das, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung und Staaten die Existenz dieser Waffen in Unsicherheit hält und sie von dieser Mehrheit nicht gewollt sind. Nuklearwaffen haben noch nie jemanden sicher gemacht, sondern ganz im Gegenteil immer nur Tod, Leid und Schaden bedeutet.

Wir dürfen nicht vergessen: Unsere Welt ist nicht zufällig so, wie sie ist. Sie wurde so geschaffen. Von denen mit (militärischer) Macht. Doch Feminist:innen erinnern uns daran, mutig zu sein und dass es sich lohnt, gegen gewaltvolle und zerstörerische Systeme vorzugehen. ICAN beispielsweise ließ sich durch die völkerrechtlichen Verbote von Landminen und Streubomben inspirieren und vor allem davon, sich auf die humanitären Folgen

von derartigen Waffensystemen zu konzentrieren. Und obwohl es inzwischen insgesamt 86 Unterzeichner für den *Atomwaffenverbotsvertrag* (AVV) gibt, wovon 59 Vertragsstaaten sind, entziehen sich immer noch zu viele diesem wichtigen Schritt, um eine weniger gewaltvolle Welt zu erreichen. Zum einen die neun Staaten, die Nuklearwaffen besitzen (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Russland, China, die *Permanent 5*, plus Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea), aber auch die NATO-Staaten inklusive Deutschland. Staaten wie Deutschland berufen sich darauf, dass der AVV dem *Nichtverbreitungsvertrag* (NVV) aus den späten 1960ern widerspreche, was widerlegt ist – sogar der wissenschaftliche Dienst des Bundestags schreibt: »Der AVV steht juristisch nicht in Widerspruch zum NVV.«⁶⁹). Ungachtet ihrer Zusagen im Rahmen des NVV, die Anzahl ihrer Atomwaffen zu verringern und diese letztlich vollkommen abzuschaffen, geben die atomar bewaffneten Staaten derzeit Milliarden für die Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale aus – und das trotz anhaltender Pandemie und wirtschaftlicher Rezession.⁶⁹ Stattdessen hat die NATO den *Atomwaffenverbotsvertrag* offen abgelehnt und dies mit der veralteten und zutiefst patriarchalischen Strategie der nuklearen Abschreckung begründet.⁷⁰ Dabei veröffentlichten nicht zuletzt 56 ehemalige Staatsoberhäupter, Regierungschef:innen sowie Außen- und Verteidigungsminister:innen aus 20 NATO-Mitgliedstaaten – inklusive Joschka Fischer, dem ehemaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und zwei ehemaligen NATO-Generalsekretären – einen offenen Brief, in dem sie dazu aufrufen, dass Staaten dem AVV beitreten. Sie schreiben, dass »Atomwaffen in Anbetracht der katastrophalen Folgen ihres Einsatzes für Mensch und Umwelt keinem legitimen militärischen oder strategischen Zweck dienen«.⁷¹ Pünktlich zur Bundestagswahl im September 2021 brachten wir beim CFFP daher mit Unterstützung von ICAN ein Briefing heraus, das ganz klare Schritte

aufzeigt, wie Deutschland zu nuklearer Abrüstung beitragen kann. Eine Umfrage aus dem Jahr 2020 ergab, dass 83 Prozent der Deutschen den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland befürworten.⁷²

Als feministische Organisation steht (nukleare) Abrüstung im Zentrum unserer Arbeit. Natürlich fordern wir daher, dass Deutschland dem *Atomwaffenverbotsvertrag* beitrifft. Gleichzeitig kennen wir die Rahmenbedingungen unserer Forderungen, etwa eine breite Akzeptanz für das Konzept der nuklearen Abschreckung innerhalb der Politik (anders als in der Gesellschaft). Dabei ist uns klar, dass radikaler Wandel leider nicht immer direkt möglich ist, sondern mitunter Schritt für Schritt erfolgen muss. Manche dieser Schritte könnte die Bundesregierung unmittelbar tun und damit nukleare Abrüstung voranbringen, andere Schritte würden wohl etwas brauchen und wären wohl erst mittelfristig realisierbar. So sollte die Bundesrepublik – wie das die Ampel-Koalitionäre angekündigt haben – bei der ersten Konferenz der AVV-Vertragsstaaten im März 2022 als Beobachterin teilnehmen (wie das im Oktober 2021 die neue norwegische Regierung als somit erster NATO-Staat ankündigte).⁷³ Des Weiteren sollte Deutschland analog zu anderen NATO-Mitgliedstaaten wie Norwegen und die Niederlande fordern, dass Atomwaffen nicht mehr durch staatliche Pensionfonds finanziert werden. Außerdem wäre es gewiss das Mindeste, dass es auf die katastrophalen humanitären, ökologischen und oft rassistischen Auswirkungen aufmerksam machen würde, die atomare Tests, Unfälle und Anschläge haben. Zudem sollten alle US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden und – vor allem auch innerhalb der NATO – mit gleichgesinnten Mitgliedstaaten ein alternatives Sicherheitskonzept für die NATO entwickelt werden, das die NATO in Richtung eines »nichtnuklearen Bündnisses« lenkt.⁷⁴ Das Setzen einer internationalen Verbotsnorm

war bereits bei biologischen und chemischen Waffen wesentliche Voraussetzung für deren Eliminierung – daher ist der AVV genau die richtige Strategie, um zu einer Welt ohne Nuklearwaffen zu gelangen.

Jede Außenpolitik, die nachhaltigen Frieden erreichen möchte, muss konsequent auf nukleare Abrüstung hinarbeiten. Bemühungen um Frieden stehen dieser krasssten Ausgeburt patriarchaler Gewalt diametral entgegen. Atomwaffen sind das Produkt dieses »realpolitischen« Denkens, das von internationaler Anarchie und einem negativen Menschenbild ausgeht und Sicherheit nur im Rahmen angedrohter völliger Zerstörung zu denken in der Lage ist. Doch Atombomben bringen niemandem Sicherheit, ganz bestimmt nicht. Da die neun atomaren Staaten jedoch zu den einflussreichsten der Welt gehören, ist der Einsatz für nukleare Abrüstung – der Kampf gegen das Patriarchat – kein Zuckerschlecken. Umso beeindruckender ist, was die Aktivist:innen und Expert:innen rund um ICAN erreicht haben. Sie haben Völkerrecht geschaffen und Geschichte geschrieben. Dieser Kampf war und ist stark von feministischem Denken beeinflusst, und er dient als Vorbild für weitere intersektional feministische Anliegen. Es gibt schließlich noch andere Forderungen, die völkerrechtlich verankert werden sollten – beispielsweise das Verbot von vollautonomen Waffensystemen, den sogenannten *Killer Robots* (vollautonome Kampfroboter, -drohnen u. a.).

VOLLAUTONOME WAFFENSYSTEME

Reaching Critical Will – das Abrüstungsprogramm von WILPF – definiert vollautonome Waffensysteme wie folgt: »Vollautonome Waffen sind Waffensysteme, die Ziele ohne menschliches Eingreifen selbst auswählen und abschließen können. Vollautonome

Waffen können aktiviert werden, um den Situationskontext auf einem Schlachtfeld zu bewerten und anhand der verarbeiteten Informationen über den erforderlichen Angriff zu entscheiden.«⁷⁵ Zu diesem Zweck verwenden sie künstliche Intelligenz (KI), die auf Algorithmen und Datenanalysefunktionen zurückgreift. Vollautonome Waffen unterscheiden sich von ferngesteuerten Waffensystemen wie den aktuell verbreiteten Drohnen: Letztere werden von einem Menschen aus der Ferne gesteuert, während vollständig autonome Waffen nach ihrer Programmierung keine menschliche Führung haben würden.⁷⁶ Obwohl bislang noch keine vollautonomen, tödlichen Waffensysteme verwendet wurden, gibt es jedoch Vorgänger, die zu unterschiedlichen Graden autonom und tödlich sind. Insgesamt ist von mindestens zwölf Staaten bekannt, dass sie autonome Waffensysteme entwickeln oder verwenden, darunter Deutschland und viele Atommächte.⁷⁷ Sie blockieren natürlich Forderungen nach einem Verbot und behaupten, es sei zu früh für einen völkerrechtlichen Vertrag und ihr Militär profitiere von solchen Waffensystemen. Die USA, Großbritannien, Israel und Südkorea setzen entsprechende Systeme bereits ein.⁷⁸

Autonome Waffen – Waffen ohne ordentliche menschliche Kontrolle – werden die internationalen Dynamiken der Dominanz und Unterdrückung nicht nur verstärken, sondern weiter auf die Spitze treiben. Wenn diese Waffen voll funktionsfähig werden, können Regierungen sie auf oder in der Nähe des Schlachtfelds einsetzen – ohne die Beteiligung von Menschen. Wie bei Drohnen zu sehen ist, führt diese Entfernung und Sicherheit zu einem verstärkten Einsatz von Gewalt und mehr zivilen Opfern. Stellen Sie sich ein Wetrüsten mit Waffen vor, die nicht von Menschen kontrolliert werden und nicht dem humanitären Völkerrecht entsprechen.

EIN NEIN ZU KILLER ROBOTS

Am 21. März 2019 stellte sich die internationale *Campaign to Stop Killer Robots*, die 2013 ins Leben gerufen wurde, der Öffentlichkeit in Berlin. Die Kampagne, die dezidiert feministisch und antirassistisch aufgestellt ist und deutlich auf Gefahren für politische Minderheiten durch künstliche Intelligenz hinweist, fordert ein internationales Verbot autonomer Waffensysteme. Wir, das *CFPP*, waren einem Bündnis von zwölf deutschen NGOs wie *Greenpeace*, *Oxfam*, *Brot für die Welt* und anderen beigetreten, um der damaligen amtierenden schwarz-roten Bundesregierung eine Forderung zu überbringen: Sie sollte sich klar zu der im damaligen Koalitionsvertrag zugesagten globalen Ächtung autonomer Waffensysteme bekennen. »Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten«, stand im Koalitionsvertrag der *CDU/CSU-SPD-Koalition* und auch die neue Regierung verpflichtet sich zur Ächtung autonomer Waffensysteme. Wir verlangten und verlangen aber darüber hinaus, dass die Bundesregierung sich umgehend und explizit für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen ausspricht bzw. Verhandlungen über einen verbindlichen Verbot einfordert, und zwar im Rahmen der Expert:innengespräche der *UN* in Genf zur *Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (Convention on Certain Conventional Weapons, CCW)*.⁸¹ 125 Staaten sind Vertragsparteien der *Konvention*. Die Forderung, autonome Waffensysteme zu verbieten, wird global von mehr als 180 Organisationen in über 65 Ländern als Teil der internationalen Kampagne *Stop Killer*

Robots unterstützt. Auch von vielen Wissenschaftler:innen gab es bereits Unterstützung und Stellungnahmen, dass ein solches Verbot nötig ist.⁸² Der damalige Außenminister Heiko Maas forderte 2018 bereits ein Verbot von autonomen Waffen, doch bis heute sind keine Bemühungen zu erkennen, dass Deutschland mit den entsprechenden Verhandlungen beginnt. Immerhin nahm Deutschland bislang an einigen internationalen Treffen hierzu teil und organisierte im April 2020 auch eine Online-Konferenz zum Thema.⁸³ »Autonome Waffen, sogenannte ›Killer-Robots‹, müssen nicht nur in ausreichendem Maße zwischen Zivilist:innen und Kombattant:innen unterscheiden, sondern auch den Effekt eines jeden möglichen Waffeneinsatzes im Voraus berechnen oder zusätzlich zur Ziel- und Waffenauswahl Abwägungsentscheidungen treffen«, so schrieben wir damals in unserer Pressemitteilung.

Seit 2014 stehen Killerober auf der Tagesordnung der *CCW*, seitdem diskutieren die Vertragsstaaten also diese Waffensysteme, und seit 2017 gibt es einen formalen Prozess dazu. Während der Pandemie haben die regelmäßigen jährlichen Treffen in Genf nicht stattgefunden, bei der gewöhnlich Regierungsvertreter:innen, Diplomatin:innen und Zivilgesellschaft teilnehmen. Die Einigung und ein mögliches Verbot sind auch deshalb besonders schwierig, weil die *CCW* ihre Entscheidungen auf der Grundlage von Konsens trifft.

Zum Zeitpunkt, als ich diese Zeilen schreibe, fordern – laut der *Campaign to Stop Killer Robots* – 30 Staaten, mehr als 170 NGOs, 4 500 Expert:innen für KI und Wissenschaftler:innen wie Noam Chomsky oder Stuart Russell,⁸⁴ Unternehmer wie Elon Musk, der Generalsekretär der *Vereinten Nationen* António Guterres; das *Europäische Parlament*; 26 Friedensnobelpreisträger:innen sowie 61 Prozent der weltweiten Bevölkerung ein Verbot von autonomen Waffen, also KI-basierten Waffen.⁸⁵

* Diese 1980 verabschiedete Konvention regelt den Einsatz von konventionellen Waffen, die nicht sogenannte ABC-Waffen sind, die also atomar, biologisch oder chemisch wirken. Somit fallen also auch autonome Waffen unter die Regelung dieser Konvention.

Künstliche Intelligenz basiert auf den Datensätzen, die unsere Gesellschaft bereitstellt. So konnte immer wieder gezeigt werden, dass KI rassistisch und sexistisch ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass programmierte Maschinen die innerhalb des Militärs wirkenden toxischen Männlichkeitsbilder fortsetzen würden. Und nicht nur patriarchale Geschlechtertraditionen setzen sich in KI fort, sondern auch rassistische Bias und Stereotype, wie die Netflix-Doku *Coded Bias* in erschreckender Weise dargestellt hat. Die Gesichter von weißen Männern werden am ehesten von *Facial-Recognition*-Technologie erkannt: *Men of Colour* und *Women of Colour* werden viel häufiger nicht erkannt oder falsch zugeordnet.⁸³ Die KI-Forscherin Joy Buolamwini brachte 2018 gemeinsam mit der ebenfalls sehr anerkannten Expertin zu ethischer KI, Timnit Gebru, eine wegweisende Studie heraus: Sie wiesen eine 0,8-Prozent-Fehlerrate bei Gesichtserkennungssoftware bei Männern mit heller Haut nach. Bei Frauen mit dunkler Hautfarbe lag die Fehlerrate bei 34,7 Prozent.⁸⁴ Diese rassistischen Bias im Designprozess, der Produktion, Implementierung und Regulierung⁸⁵ hat also nicht nur nachteilige Konsequenzen bei der Entscheidung zu Krediten, sondern kann im Fall von fehlerhafter Gesichtserkennung bei der Verwendung von autonomen Waffensystemen tödliche Konsequenzen haben.

Auch müssen wir uns genau das internationale Machtgefälle ansehen, um zu verstehen, wie problematisch autonome Waffensysteme sind. Das Ungleichgewicht zwischen Staaten des globalen Nordens und des globalen Südens könnte durch Killerroboter noch weiter verstärkt werden, da sich vor allem die Länder des globalen Nordens diese Technologien leisten können. Die vermehrten Drohnenangriffe während der Amtszeit Obamas in Afghanistan, Pakistan, im Iran und in Syrien, wodurch insgesamt mindestens 3000 Menschen getötet wurden,⁸⁶ zeigen, wie tödlich

der Vorsprung bei technologischen Entwicklungen wirkt. Das zementiert globale Machtgefälle. Die afrikanische Sektion von *WILPF* bemerkte dazu, »dass ihre Länder zwar wahrscheinlich nicht diejenigen sind, die diese Technologien entwickeln und einsetzen, ihre Länder jedoch zu Schlachtfeldern für das Testen und den Einsatz von Killerrobotern werden, genau wie sie es für bewaffnete Drohnen geworden sind«. Da ist es eigentlich nicht überraschend, aber umso trauriger, dass die meisten Länder, die das Verbot von vollautonomen Waffen bislang unterstützen, Länder aus dem globalen Süden sind.

Aus all diesen Gründen darf es keine autonomen Waffensysteme geben. Feministische Außenpolitik verlangt ein bedingungsloses Verbot, da sie sich für feministische Sicherheit und gegen die Militarisierung neuer Technologien einsetzt. Ein solches rechtsverbindliches Instrument könnte in Form eines neuen Protokolls der *CCW* entstehen, wo dieses Anliegen seit 2014 debattiert wird. Würden sich die Befürworter:innen eines Verbots politisch formieren, könnten Killerroboter aber auch durch einen Vertrag verboten werden, der über einen eigenständigen Prozess ausgehandelt wird. Übereinkommen zu Verboten zu *Antipersonen-Landminen* 1997, *Streumunition* 2008 oder *Nuklearwaffen* 2021 zeigen, wie es geht.⁸⁷

Solch ein Verbot würde im Übrigen auch dem demokratischen Willen der Bevölkerung entsprechen: 72 Prozent der Befragten in Deutschland sprechen sich gegen autonome Waffen aus. Und sogar der *Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)* forderte einen solchen Vertrag, genauso wie insgesamt 20 000 Informatiker:innen aus der *Gesellschaft für Informatik e. V.*⁸⁸

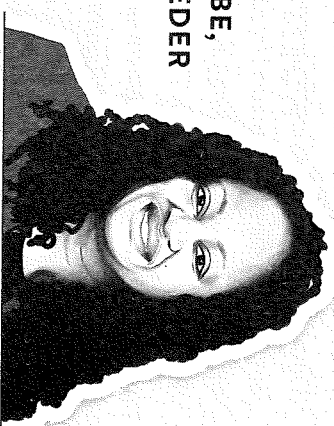
FAZIT: KEINE SICHERHEIT IM PATRIARCHAT

Egal um welche Arten von Waffen es also geht – seien es Klein- und Leichtwaffen, Atomwaffen, vollautonome Waffen oder

waffenähnliche Methoden im Cyberspace,* der immer mehr militarisiert wird – sie alle haben gemeinsam, dass sie zur Unterdrückung von und Machtausübung über andere Staaten und letztendlich andere Menschen verwendet werden. Alle diese Formen der Gewaltanwendung sind Mittel des Patriarchats und folgen einer Logik der Dominanz und staatlichen Sicherheit im Zentrum allen Denkens. Wenn wir dieser Logik weiter folgen, werden wir niemals wirkliche Sicherheit für alle Menschen erreichen können. Denn Feminist:innen wissen schon seit sehr langer Zeit: Waffen machen uns nicht sicherer. Sie schaffen keinen Frieden und schon gar keine feministische Sicherheit. Wir brauchen eine Welt, in der alle Menschen sicher leben können. Und zwar wirklich sicher. Unzählige »Realpolitiker:innen« stempeln diese Forderung als naiv und blauäugig ab. Aber wenn die Abschaffung von Krieg, Gewalt und bewaffneten Konflikten und die Herstellung von Frieden und Sicherheit für alle nicht unser endgültiges Ziel ist, was denn bitte dann?

* In den vergangenen Jahren wurde der Cyberspace zunehmend als unsicher und feindlich beschrieben, wodurch »Cybersicherheit« zunehmend zur Priorität nationaler Sicherheit weltweit wurde. Und zu Recht. Aus dem Netz kommende Bedrohungen für kritische öffentliche Infrastrukturen oder Cyberattacken stellen eine reale Gefahr dar. Doch Feminist:innen kritisieren, wie auf diese Bedrohung reagiert wird. Diese Militarisierung des Cyberspace kann schließlich zu echter physischer Gewalt führen.

**BONNIE JENKINS:
»ES IST UNSERE AUFGABE,
IMMER UND IMMER WIEDER
DEN STATUS QUO
ZU HINTERFRAGEN.«**



Bonnie Jenkins ist eine der qualifiziertesten Sicherheitsexpertinnen in den USA: Sie hat zwei Masterabschlüsse, zusätzlich einen Abschluss als Juristin sowie einen Dokortitel in internationalen Beziehungen, diente in der *US Air Force* und wirkte unter anderem als Botschafterin des *US-Außenministeriums* zu internationaler Sicherheit und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Im Juli 2021 wurde sie vom *US-amerikanischen Senat* als *Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle* und *internationale Sicherheitsangelegenheiten* bestätigt. Damit ist sie die erste Schwarze Person überhaupt auf dieser *Staatssekretär:innen-Ebene*.

2017 gründete sie die Organisation *Women of Color Advancing Peace and Security (WCAPS)*. Vor *WCAPS* gab es keine Plattform, die die Perspektive und Stimme von *People of Colour*, insbesondere von Schwarzen Frauen und *Women of Colour*, organisiert zum Ausdruck brachte. Dank Bonnies unermüdlichem Einsatz haben *Women of Colour* nun eine starke politische Vertretung.

Bereits vor ihrer Arbeit zum Thema Rüstungskontrolle und Diversität beschäftigte Bonnie vor allem die Frage, wie sie ihrer Gemeinschaft und der Gesellschaft mit ihren Fähigkeiten dienen, Dinge bewegen und verbessern kann. Sie wuchs in der Bronx in

12 DIE ZUKUNFT DER AUSSENPOLITIK IST FEMINISTISCH

New York auf und besuchte eine Schule an der wohlhabenden Upper East Side. Schon früh gewöhnte sie sich daran, oft die einzige Schwarze Person und Frau im Raum zu sein. Eher zufällig entdeckte sie während eines ihrer Praktika in Washington, D.C., ihre Leidenschaft für das Thema Rüstungskontrolle. Nach und nach fiel ihr auf, wie wenig diverse Stimmen es in diesem Berufsfeld gab. Eine Frau in einem Raum voller Männer reicht nicht aus, um Entscheidungen langfristig und nachhaltig zu beeinflussen, ist Bonnie überzeugt. Es braucht mehr Stimmen, mehr Frauen, mehr *People of Colour*, mehr Diversität.

Bonnie zufolge hat vor allem der Diskurs um Feministische Außenpolitik einen inklusiven Raum geschaffen, in dem kritisch und aus verschiedenen Perspektiven der Status quo hinterfragt werden kann. Was bedeutet es aber genau, sich feministisch mit Sicherheit und Abrüstung auseinanderzusetzen? Frieden und nicht Gewalt müsste dafür in den Mittelpunkt gestellt werden, so Bonnie. Ihr ist es wichtig, dass intersektional, zukunftsgerichtet und im Sinne langfristiger Nachhaltigkeit gedacht wird und Diplomatie den höchsten Stellenwert bekommt.

Eines der Bücher, das sie gerade liest, ist *Badges without Borders – How Global Counterinsurgency Transformed American Policing* von Stuart Schrader.

*Denn die Werkzeuge des Sklavenhalters
werden sein Haus niemals zum Einsturz bringen.
Sie erlauben uns vielleicht kurzzeitig,
ihn in seinem eigenen Spiel zu schlagen,
aber sie werden uns nie in die Lage versetzen,
wirklichen Wandel herbeizuführen.*

AUDRE LORDE

Wir hatten es geschafft, nach viel Networking und Vorbereitung: Im Februar 2020 organisierten Nina, ich und unser *CFFP* die erste Veranstaltung zu Feministischer Außenpolitik bei der *Münchner Sicherheitskonferenz*. Diese beschreibt sich selbst als »weltweit führendes Forum für Debatten zu den drängendsten internationalen Sicherheitsrisiken«. ¹ Bei der alljährlich im *Hotel Bayerischer Hof* stattfindenden Tagung treffen sich an die tausend Teilnehmenden inklusive Staatsoberhäupter, Regierungsvertreter:innen, Abgeordnete, Journalist:innen, Wirtschaftsvertreter:innen sowie Geschäftsführer:innen internationaler (zivilgesellschaftlicher) Organisationen, um sich jenseits des Protokolls über die drängendsten Fragen zur Sicherheits- und Außenpolitik auszutauschen. In diesem Rahmen, vor knapp 150 Menschen, hielt ich eine Rede, die ich nach den letzten Veranstaltungen des Vortages bis weit nach Mitternacht noch fertigstellte. Ich war aufgeregt, denn es waren viele hochrangige Politiker:innen sowie Entscheidungsträger:innen im Raum, wie die damalige Chefanklägerin des *Internationalen Strafgerichtshofs*, Fatou Bensouda, der damalige